

Volkswacht

Ungeigenpreise: Die neuangek... 1.20

Die Volks... 1.50

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Ar. 118 Sonnabend, den 24. Mai 1919 10. Jahrgang

Die Entente-Kapitalisten gegen Sowjet-Rußland.

Die Weltbefreier.

Der Wunsch des Friedensschlusses der Nationalversammlung... Die Weltbefreier.

Ein Wohlfahrtsministerium

Bei schlecht besuchtem Hause nahm die preussische Landesversammlung... Ein Wohlfahrtsministerium

Die letzte Frist.

Die Pariser Zeitung "Matin" erklärt, daß die Fristverlängerung um acht Tage die letzte Frist... Die letzte Frist.

Der Besatz der Kapitalistenpresse.

Die neue Politik Wilsons findet natürlich den Beifall der chauvinistischen und nationalistischen Presse... Der Besatz der Kapitalistenpresse.

Der Kampf der Entente.

Die Presseinformation berichtet aus London: Nach einer Mitteilung Churchill will die Entente den Plan zur Durchführung bringen... Der Kampf der Entente.

Der nächste Zukunft gehört der Wiederaufbau des Sozialismus.

Der nächste Zukunft gehört der Wiederaufbau des Sozialismus. Während er im Laufe des Krieges durchwegs aufrecht erhalten werden konnte... Der nächste Zukunft gehört der Wiederaufbau des Sozialismus.

Gegenrevolutionäre Regierung in Dänke.

Dem "Borndorff" wird aus Paris berichtet: Dem von einem französischen und englischen General unterstützten Volkshaus sei es gelungen... Gegenrevolutionäre Regierung in Dänke.

Berlin, 2. Mai.

Berlin, 2. Mai. (W. Z. B.) Der Ministerpräsident Scheidemann hat sich heute... Berlin, 2. Mai.

Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald.

Der Gedanke der Gründung eines Volkswohlfahrtsamtes, an dessen Spitze ich gestellt worden bin... Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald.

Die Sozialpolitik und Gewaltfrieden.

Die Sozialpolitik und Gewaltfrieden. Die Sozialpolitik und Gewaltfrieden. Die Sozialpolitik und Gewaltfrieden.

Nikolajewitsch ist tot.

Nach der Presseinformation ist der frühere Großfürst Nikolajewitsch infolge einer Grippe... Nikolajewitsch ist tot.

Bürgermeisterwahl in Wien

Der gestern abgehaltene Gemeinderat wählte mit 110 gegen 53 Stimmen Jakob Neumann... Bürgermeisterwahl in Wien

Salonow in London.

Die Times berichtet, daß Salonow zu einem einstündigen Aufenthalt aus Paris in London angekommen ist... Salonow in London.

Protest der Humanität.

Entscheidende Bedeutung erhält die Politik Frankreichs und Englands, die übrigen Amerika... Protest der Humanität.

Protest der Humanität.

Entscheidende Bedeutung erhält die Politik Frankreichs und Englands, die übrigen Amerika... Protest der Humanität.

Protest der Humanität.

Entscheidende Bedeutung erhält die Politik Frankreichs und Englands, die übrigen Amerika... Protest der Humanität.

Protest der Humanität.

Entscheidende Bedeutung erhält die Politik Frankreichs und Englands, die übrigen Amerika... Protest der Humanität.

Protest der Humanität.

Entscheidende Bedeutung erhält die Politik Frankreichs und Englands, die übrigen Amerika... Protest der Humanität.

Un die Parteigenossen!

als das die Deutsche Nationalversammlung Herrn Ebert zum Reichspräsidenten gewählt hatte, erwidert als Deutscher fleckes Scham.

Das Koalitionskabinett
hat die Aktionsfähigkeit und die Verbundenheit der Unabhängigen fürchterlich gelähmt. Aber das Militärwesen der Regierung wurde immer mehr. Es kam zum Blutvergießen in der Kaiserliche, zu dem Verlust einer Garde-Regiment, an demselben Tage Ebert zum Reichspräsidenten auszurufen und den Volkswacht zu verhaften. Dann kamen die Kämpfe am 1. März in der Reichshaus der letzten Wochen. Der Angeklagte wurde an Verhandlungen auf den Kampfplatz gerufen, wofür er mit Doretta verhandelte. — Bei dieser Gelegenheit sprach der Angeklagte von dem nunmehr ermordeten Doretta. Der Vorsitzende weist diese Behauptung zurück, da es bis jetzt noch nicht erwiesen sei, daß Doretta ermordet wurde. Verteidiger Koenig bemerkte dann, daß der Ermordete kurz vor seinem Tode gesagt habe, was Bedebour eben ausgesprochen habe. — Seine Vermittlungsfähigkeit hat nach Ansicht des Angeklagten zu einem betrüblichen Resultat geführt.

Die Verhandlung des 24. Dezember waren die Urteile zum Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. Der Angeklagte behauptete dann, die Märzrevolution und die Ermordung von 22 Matrosen in der Brandenburger Straße seien die Ursache für den Verhandlungsstillstand, den die Volkswacht am 25. Dezember veranlaßt. — Der Staatsanwalt stellt dabei mit, daß wegen der Ermordung der 22 Matrosen ein Verfahren eingeleitet sei, und bittet den Angeklagten, in daselbe nicht einzugreifen.

Die Regierung war weiter fest bestraft, die revolutionären Organisationskräfte zu machen und sollte in den ersten Januarwochen zum letzten Schläge gegen die Revolution aus, indem sie verbot, den Volkswachtpräsidenten Ebert, Horn, den letzten Unabhängigen, der in Berlin am verantwortlichen Posten stand, abzuheben. Alle gegen Ebert erhobenen Beschuldigungen weist der Angeklagte als nichtig ab. — In einer gewaltigen Demonstration am 6. Januar verlangte die revolutionäre Arbeiterpartei Berlin, daß Eberts Verhaftung aufgehoben werden solle, mit dem Hinweis auf die Verhandlung, und daß die letzte Entscheidung in die Hand des Berliner Volkswacht gelegt werde. Aber die Regierung wollte keinen Ausgleich, sie wollte den Konflikt, das hat der letzte Volkswachtpräsident Eugen Ernst in einem Interdiktum mit einem hinfälligen Formulasatz ausgesprochen. Die Massen demonstration des 6. Januar vor dem Volkswachtpräsidium zeigte, daß die Arbeiterpartei Berlin zur Aktion drängte. Man verbot, daß die Berliner und Spandauer Garnisonen fast ganz auf unserer Seite standen. Von denselben Seiten, die am 2. November im revolutionären Aktionsausschuß vereinigt waren, wurde an demselben Tage beschloffen, aus Genuß zu gehen und

Die Regierung Ebert-Scheidemann zu kritisieren.
Däumig war es, der gegen diesen Beschluß stimmte, wie er denn auch während der ganzen Zeit nicht an diesen revolutionären Aktionen teilnahm. Zur Durchführung der geplanten Aktion wurde ein provisorischer Aktionsausschuß gegründet, dessen drei Vorsitzende der Angeklagte, Karl Siebke und Paul Scholz waren. Von diesen drei Benutzern ist dann das bekannte Schriftstück unterzeichnet worden, und zwar als I. V., denn die drei Unterzeichneten waren weder der Aktionsausschuß, noch die in Aussicht genommene Regierung, sie waren nur die Firmanten. Am 6. Januar wurde angeordnet, daß Eberts Ministerium zu verlassen, weil man glaubte, daß die Situation leicht der des 9. November war. Darin hatte man sich aber getäuscht. Die Matrosen, die das Ministerium besetzen sollten, ließen sich hineinlegen, da man im Kriegsministerium an Stelle der militärischen Schiedsmänner hergestellten Unterschrift eine handschriftliche haben wollte. In Abwesenheit des Angeklagten hat dann Siebke seinen Namen unter dies Schriftstück gesetzt. Das war sein gutes Recht, fraglich ist nur, ob es angebracht war.

Auf Grund des Organisationsplans der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, in das Nationaltheater zu Weimar ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines Berichtsjahr: Otto Wels;
 - b) Parteiführer: Fr. Baer;
2. Bericht der Kontrollkommission (Berichtsjahr: Fr. Baer);
3. Bericht der Organisationskommission (Berichtsjahr: Max Kuba);
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten (Berichtsjahr: Adolf Schula);
5. Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung (Berichtsjahr: Paul Löbe);
6. Die Aufgaben der Partei in der Neuzeit (Berichtsjahr: W. Scheidemann);
7. Kassenwesen und Reichsverfassung (Berichtsjahr: Hugo Sinzheimer und Max Kuba);
8. Anträge;
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zuerhellen werden können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Volkswacht melden. Adresse: Julius Palm, Weimar, Vertuschtr. 2a. Die Mandatsformulare werden rechtzeitig von uns verschickt.

Berlin, den 8. April 1919.
Der Parteivorstand.

Der Parteivorstand.

Am Anschlag an den Parteitag soll eine Frauenkonferenz stattfinden.

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung.
2. Frauenarbeit und Frauenstudium.

Wir fordern die Organisationskräfte auf, die Wahlen rechtzeitig zu bewirken. Außer den Delegierten sind zur Teilnahme die weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung berechtigt. Den Fraktionen der einzelnen Landesparlamente wird anbefohlen, eine Genossin zu delegieren.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden ersucht, dem Parteivorstand die Namen der Delegierten unter deren Adressenangabe alsbald mitzuteilen.

Wegen Wohnungsbeschaffung werde man sich an das Volkswacht: Julius Palm, Weimar, Vertuschtr. 2a. Berlin, 20. Mai 1919.
Der Parteivorstand.

die gegen das Mandat der Parteigenossen protestiert, wurde einstimmig angenommen.

Tagel. In einer vom Parteivorstand am 2. Juni in der Stadt Weimar abgehaltenen Sitzung wurde gegen den Parteitag beschlossen, die Parteigenossen, die nicht an dem Parteitag teilnehmen, sollen die Parteigenossen, die an dem Parteitag teilnehmen, in der Sache der Parteigenossen aufzufordern, auf keinen Fall solchen Parteigenossen zu unterliegen.

Abgaben. Der Parteitag ist beendet. Der Parteivorstand erklärt an die Parteigenossen, daß eine Erklärung, in der er sagt, daß die Parteigenossen auf die Parteigenossen zu unterliegen, auf keinen Fall zulässig ist.

Soziales.

Die Lehrerinnen an der Privatschule.
Zu unserer Notia über die traurigen Verhältnisse der Lehrerinnen der Privatschulen macht uns Frau Katharina Röh, Mitglied der Nationalversammlung, folgende ausführliche Angaben über die Verhältnisse der Lehrerinnen:

Künftig ging durch die Presse die Notia, die Lehrerinnen an den privaten Schulen seien die am schlechtesten bezahlten Beamtinnen. Dieser Satz ist durchaus richtig; nur enthält die Notia insofern eine Unrichtigkeit, als die monatliche Teuerungszulage mit 86 M. angegeben war. Das entspricht nicht den Tatsachen. Es sei daher gestattet, die Besoldungsverhältnisse der Lehrerinnen an den privaten Schulen und Mittelschulen klarzulegen. Nach der Besoldungsordnung, die der Magistrat festgesetzt hat, beträgt das Grundgehalt für wissenschaftliche und technische Lehrerinnen jährlich 1200 M. In Prüfungsämtern von 8 Jahren werden 9 Alterszulagen gewährt für die wissenschaftlichen Lehrerinnen in Höhe von 180 M., für die technischen von 120 M., so daß das Höchstgehalt nach 80 Jahren 2320 M. und 2280 M. beträgt. Die Lehrerinnen haben aber sämtliche Abgaben für ihre Altersversorgung zur Hälfte zu zahlen. (Die andere Hälfte zahlt die Schule.) Demnach beträgt das Anfangsgehalt einer Lehrerin 100 M. — 6,85 M. (Zwischen- und Angestelltenverpflichtung) = 93,15 M. Wesentlich erhöht werden die Abgaben, sobald die Lehrerin sich in die Höhe des Pensionausfalls einfaßt, was laut Vertrag mit dem Magistrat vom 25. Lebensjahre an geschieht. Angenommen, die Lehrerin erhält mit 25 Jahren eine Alterszulage (was nicht immer der Fall ist, wenn die Tätigkeit als Lehrerin erst nach dem 25. Lebensjahre beginnt), dann betragen ihre Abgaben:

Unfallversicherung	3,85 M. mon.
A. D. V. A.	10,75 M. mon.
Angestelltenversicherung	3,40 M. mon.
	17,40 M.

Gehalt 115 M. — 17,40 M. = 97,60 M. Nach dreizehnjähriger Tätigkeit hat die betreffende Lehrerin fast jährlich eine Gehaltszulage von 4,25 M. monatlich. Dazu kommen die Teuerungszulagen. Der Magistrat zahlt:

1. für die Lehrerinnen bis zu 2000 M. Jahresgehalt = 10 M. monatlich,
2. zusammen mit dem Magistrat für die Lehrerinnen der Typen = 25 M. monatlich.

Die Lehrerinnen der Mittelschulen erhalten nur 10,68 M. monatlich, die das Ministerium aus nicht ersichtlichen Gründen für diese Lehrerinnen nicht mehr bewilligt. Es beträgt demnach das Gehalt einer Lehrerin nach dreizehnjähriger Tätigkeit 97,60 M. — 124,28 M.

Bei den Lehrerinnen der Typen erhöht sich diese Summe um 34 M. monatlich. In einem allg. Teuerungszulage haben die Lehrerinnen der Typen im Dezember 1918 ein Monatsgehalt erhalten, während die Lehrerinnen der Mittelschulen nur die Hälfte dieses Monatsgehaltes vom Magistrat erhalten. Der Zusatz vom Ministerium blieb auch bei den Schulgelehrten, was jetzt auf neue eine einmonatliche Teuerungszulage von 250 M. geboten. Der Gehalt ist jetzt noch zu 2. — Es erübrigt sich wohl, diesen Zahlen noch irgendeinen Kommentar hinzuzufügen. Sie sprechen für sich selbst angesichts der Tatsache, daß junge Mädchen ohne Vorbildung 100—150 M. und solche mit einjähriger kaufmännischer Vorbildung 150—200 M. monatlich erhalten. Es verdient daher höchste Anerkennung, daß die Lehrerinnen an den privaten Schulen so viel Pflichterfüllung und Opfermut besitzen, unter diesen unerschwinglichen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Ihren Beruf gern und willig auszuüben. Man diesem geradezu unvorstellbaren Zustand wenigstens etwas abzuhelfen, haben die Lehrer und Lehrerinnen der privaten Typen und Mittelschulen zur Selbsthilfe gegriffen und das Schulgeld ab 1. Juni 1919. In allen Klassen erhöht. Die Lehrerinnen sollen neben der Befreiung der erhöhten Verwaltungskosten zur Zahlung von Teuerungszulagen an die Lehrerinnen dienen.
Katharina Röh, M. d. N.,
Erlauberschule.

Erwartung.

Der Frühling hat seinen Glanz selbst in die dunkelsten Gassen der Großstadt geschickt. Er der Welt die Freude in seinem Gefolge hatte, lächelt diesmal müde und verzagt durch die Tage. Wie ein schwerer Druck lastet es auf aller Welt. Der Krieg ist zu Ende gegangen. Nun sollte der Frieden kommen. Doch ein schwerer und harter Frieden. Das mühen wir. Aber kein Atemhauch, kein Lebensodem. Der große Hoffen hatte sich wohl seiner gemacht. Aber irgendein Hindernis quälte doch noch heimlich in den weichen Herzen. Das neue Weltbild, das er in der Vergangenheit der Vorkriegszeit gezeichnet, der Weltgerechtigkeit, dem Glauben der Nationen.

Nun aber wollen Worte geschrieben, was Warten nicht zu vernünftigen Vermögen. Das Unfassbare wird Wahrheit werden, die nachste Weltkriege nicht auf dem Wege in die Wirklichkeit. Wie ein Verhängnis schwebt es über der Heimat. Das hat die Nation der Deutschen, die sich in froher Optimismusfreudigkeit schon wieder kräften wollten, von neuem gelehrt. Die verführerischen Worte, die man mit unendlicher Mühe freigesprochen, sind für uns aber ungenussbar geworden. Die Wägen, die dieser Friedenslust nachziehen sollte, sind errotten. Ein Abarund hat sich geöffnet. Wird er uns wirklich verschlingen? Oder wird sich doch noch eine Brücke bilden lassen, auf der wir über keine abgehende Dämme hinweg in das Land der Zukunft hineinschreiten dürfen?

Wie alt häuften die Gesichter der Menschen aus, denen man in diesen erwartungslosen Tagen begegnet. Sind ihre Schritte nicht schwerer, ihre Worte nicht müder geworden? Bergend sucht du nach einem Lachen. Selbst bei immer neuen Augen

lung des sozialdemokratischen Wahlvereins Lindenwald, an welchen auch Vertreter der Wahlvereine in Jüterbog, Dahme, Baruth und Kloster Bismarck erschienen waren. Das Blatt wird den Namen „Volkswacht“ führen. Das Unternehmen wird als G. m. b. H. ins Leben treten. Den Druck übernimmt eine Privatfirma. Zur Schaffung eines Betriebsfonds werden Anteilnahme und Preshilfsmarken in Vertrieb gebracht.

Soziales.

Uebermüdung und Unfall.

Die unterfränkischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Uebermüdung und Unfall festgesetzt. Dabei haben sie festgestellt, daß sich nach 9 1/2 Stunden 1,1 Prozent Unfälle ereigneten, nach 10 Stunden 2 Prozent, nach 11 1/2 Stunden 5,9 Prozent, nach 12 Stunden 7,9 Prozent und nach 13 1/2 Stunden 8,3 Prozent. Das ist ein klarer Beweis für die Notwendigkeit des Achtstundentages. Uebrigens decken sich die Feststellungen mit dem Resultate, das das Reichsversicherungsamt bekanntgegeben hat. Danach weisen die letzten Abendstunden, in denen infolgedessen Uebermüdung die Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit nachläßt, eine mehr als doppelt so große Unfallhäufigkeit auf, die am Ende der Arbeitswoche noch eine besondere Steigerung erfährt. Das beweist, daß der Arbeitstag nicht nur acht Stunden lang sein muß, sondern daß auch allmählich ein Ruhepaus von 30 Minuten erforderlich ist. Man kann so die Müdigkeit und ihre Ergebnisse betrachten, wie man will, immer wieder findet man, daß sich der Sozialismus bis in die feinsten Zeiten mit der wissenschaftlichen Forschung deckt.

Volkswirtschaftliches.

Kleider für Deutschland.

Wie der „Neuwestfälische Courant“ meldet, haben die Niederlande für ungefähr 8 Millionen Mark Kleidungsstücke, die aus der niederländischen Reichsbekleidungsstelle kommen, an deutsche Städte verkauft.

Ein Lieferungsabkommen für Kohle
ist zwischen Deutschland und der Schweiz aufgefunden worden. Deutschland liefert monatlich 30 000 Tonnen Kohle, 20 000 Tonnen Holz und 12 000 Tonnen Braunkohlenbriketts.

Aus aller Welt.

Der Südwasser-Bauer.

Gegen den Dichter mit Schwärzen sind in Berlin energische Maßnahmen ergriffen worden. Ueberall fällt es auf, daß die sogenannten „wilden Konfiszurengeheuer“, das heißt diejenigen Geschäfte, die in allen Stadteilen Berlin vor einiger Zeit wie Pilze aus der Erde gewachsen sind, ständig voll von Ware sind. Vor einigen Tagen wurde auf Veranlassung der Reichsregierung eine umfangreiche Kontrolle dieser „wilden Konfiszurengeheuer“ vorgenommen. Dies hatte zur Folge, daß in einer großen Anzahl von Geschäften erhebliche Mengen von Ware beschlagnahmt wurden. Die Schließung dieser Betriebe, deren Unternehmer sich in Meier Weise ungenügend gezeigt haben, wird verlangt werden. In Zukunft werden die Südwasserländer Händler überwacht. Die Preise, die von diesen „wilden Konfiszurengeheuern“ gefordert und von den Käufern bezahlt wurden, bewegten sich zwischen 12 M. bis 20 M. das Pfund, während die amtlichen Höchstpreise je nach Qualität auf 5,80 M. bis 7,20 M. das Pfund festgesetzt sind. Diese Waren, die aus bunten Dullen kommen, sind aus achtlos und unverschämten Händler, der in einer Anzahl von Geheimkochen verarbeitet wird, hergeleitet. Das Publikum wird und muß für die Zukunft darauf achten, daß es nur die amtlich festgesetzten Höchstpreise bezahlt, die durch den amtlichen Ausweis in jedem Verkaufsstamm deutlich sichtbar angebracht sein müssen.

Aus den Provinzen.

Dom Landarbeiterfreier.

Am Kreise Duisburg habe es noch immer nicht zugehört, die Volkswirtschaften beizulegen, so daß in einzelnen Orten die Arbeit ruht. Es sind jedoch ernsthafte Bemühungen im Gange, eine Einigung zu erzielen, da die Notwendigkeit der Felder unsere Ernährung nur noch mehr gefährdet. Ueberall haben sich verschiedentlich Soldaten als Streit-

Politisches.

Verhaftung Heinrich Vogelers.

Aus Bremen kommt die Nachricht, daß man Heinrich Vogelers, den berühmten Wortführer der Arbeiterpartei, verhaftet hat. Er wurde am 23. Mai in Bremen verhaftet. Er wurde am 23. Mai in Bremen verhaftet. Er wurde am 23. Mai in Bremen verhaftet.

Spanisches Schwanen von 1911.

In dem vor dem römischen Kriegsgewalt sich abwickelnden Hochverratsprozess gegen Cavallini und Genossen wurde während des Verfahrens des jungen Exminister Ferdinand Martini die interessante Tatsache festgestellt, daß der gegenwärtige Außenminister Sonnino noch am 18. August 1911 für die Beteiligung an dem Kriege an der Seite Deutschlands eingetreten ist.

Der Kohlenhandel wird für die Arbeiter der Hauptstadt und Betriebswerkstätten sowie des Streckendienstes im besetzten Gebiet an Frängen des preussischen Eisenbahnministeriums am 26. Mai eingeführt.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Kriegsgefangenenliste ist laut „N. N.“ wiederum völlig ablehnend.

Parteinachrichten.

Die Einigung auf der Mitte.

In einem Schreiben an den Vorstand der S. D. der Arbeiterpartei des Reichs erklärt Kautsky, er wäre für eine Einigung mit den Kommunisten nicht zu haben, könnte sich aber auch mit Roste schwer einigen. Die Hauptaufgabe sei, die Rechte der S. D. und die Rechte der S. P. wieder aufeinander zu bringen, die dann auch wieder die Massen um sich fassen würden. Die öffentliche Rechte wie die öffentliche Presse würden dann auf die Kritik beschränkt bleiben, wie es zur Zeit der Einigkeit der Fall war.

Ein neues Parteiblatt!

Die Gründung eines Parteiblattes für Lindenwald und den Kreis Jüterbog-Dahme-Berlin ist als Ziel eines Komitees eine Zeit mit der Parteivorstand

